



Wie der Klimawandel Konflikte anheizt

Ein Fachgespräch zur Post-2015-Agenda

Forum Ziviler Friedensdienst e. V.

Impressum

Forum Ziviler Friedensdienst e. V.

Am Kölner Brett 8

50825 Köln

Tel.: 02 21 91 27 32 - 0

E-Mail: kontakt@forumZFD.de

www.forumZFD.de

Redaktion: Christoph Bongard (V.i.S.d.P.), Richard Klasen

Grafik/Satz/Druck: Agentur thanks-and-more

Auflage: 500 Stück, Februar 2015

Gefördert von Engagement Global im Auftrag des



und darüber hinaus aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt/Evangelischer Entwicklungsdienst.

Der Herausgeber ist für den Inhalt verantwortlich.

Die Durchführung des Fachgesprächs und die Herstellung dieser Dokumentation wurden bei der Klima-Kollekte klimakompensiert.

Fachgespräch des *forumZFD*

Wie der Klimawandel Konflikte anheizt

Ein Fachgespräch zur Post-2015-Agenda

Hrsg.: Forum Ziviler Friedensdienst e. V.

Vorwort

Wie der Klimawandel Konflikte anheizt Ein Fachgespräch zur Post-2015-Agenda

von Richard Klasen (*forumZFD*)

Welchen Einfluss nimmt der Klimawandel auf Landkonflikte? Und was kann der Zivile Friedensdienst (ZFD) tun, um diese Konflikte abzumildern und zu entschärfen? Diesen Fragen gingen am 14. Januar 2015 vier Experten in Bonn bei einem forumZFD-Fachgespräch nach. Im Folgenden werden ihre Beiträge und auf diesen basierende Aufsätze abgedruckt.

Anlass des Gesprächs war die kommende Post-2015-Agenda. Diese soll im September 2015 verabschiedet werden und die im Jahr 2000 verabschiedeten Millenniums-Entwicklungsziele (Millennium-Development-Goals, MDG) ersetzen. Während die alten MDG auf klassische Entwicklungsthemen wie der Bekämpfung von Hunger und Armut fixiert waren, soll der neue Zielkatalog universaler und nachhaltiger ausfallen.

Noch steht nicht fest, welche Zielpunkte genau am Ende zu den neuen, nachhaltigen Entwicklungszielen gehören werden. Nicht nur für das forumZFD, auch für die Referenten der Fachtagung steht aber schon jetzt fest, dass der Kampf gegen Klimawandel und die Schaffung ziviler Konfliktbearbeitungsmechanismen Teil der neuen Agenda werden müssen und Landkonflikte zunehmen werden. „Klimaveränderungen, ebenso wie die weite Verbreitung von automatischen Waffen, verschlimmern die bestehenden Konflikte“, urteilte etwa Dr. Janpeter Schilling (International Alert und Hamburger KlimaCampus) in seinem Eingangs-Vortrag. Auf die Auswirkungen des Klimawandels auf die Ernährungssicherheit wies Sina Brod (Klima-Kollekte) hin. Damit tangieren Klimawandel und Konflikte direkt die großen, globalen Problemfelder und alten MDG-Ziele Hunger und Armut.

Dass Kriege und Konflikte zu Hunger und Armut führen, zeigt auch eine weitere Tatsache: Laut UN-Welternährungsprogramm wurden vier von fünf Hungerkrisen im Jahr 2014

durch gewaltsame Konflikte verursacht. Dazu zählt auch die Ebola-Region in Westafrika. Maria Bongard war für die Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH) vor der Ebola-Krise als ZFD-Fachkraft in Liberia tätig. Ihr Beitrag zeigt: Nicht nur die Folgen des Bürgerkriegs, sondern auch Rechtspluralismus und sehr weitgehende Zugeständnisse der Regierung gegenüber ausländischen Konzernen führen dort zu Landkonflikten, bei denen der ZFD helfen kann. Johanna Dienst berichtet in dieser Dokumentation abschließend von den Möglichkeiten des ZFD im Grenzgebiet von Niger, Benin und Burkina Faso. Dort kommt es zu Konflikten zwischen Hirtenvölkern und Bauern. Alle vier Beiträge zeigen: Der Themen-Nexus aus Klimawandel, Konfliktbearbeitung und Fragen der Landnutzung muss in der kommenden Post-2015-Agenda dringend ausreichend berücksichtigt werden.

Das ist in der Staatengemeinschaft nicht unumstritten: Viele Länder der G77-Gruppe etwa haben sich lange gegen die Aufnahme eines Friedensziels in das Abschlussdokument der „offenen Arbeitsgruppe für nachhaltige Entwicklungsziele“ („Open Working Group for Sustainable Development Goals“, kurz: OWG) gesträubt. Noch immer besteht die Gefahr, dass dieses Ziel und damit auch eine Implementierung konflikttransformierender Mittel im kommenden „Endspurt“ um die Post-2015-Agenda aus dem Dokument wieder heraus verhandelt wird. Ähnlich sieht es mit ambitionierten Klimazielen aus: Hier könnte die Pariser Klimakonferenz von Dezember 2015 die historisch entscheidende Chance verpassen, einen generationen- und umweltgerechten Aufbruch zu markieren. In Bezug auf Landkonflikte wird im OWG-Dokument nur der Zugang zu Land für benachteiligte Bevölkerungsgruppen gefordert, die Frage nach der Umsetzung oder der Beilegung bestehender (oder durch Landreformen entstehender) Konflikte aber ausgeklammert.

Gründe genug, dem Themenkomplex „Klimawandel, Landkonflikte und Ziviler Friedensdienst“ einer Bestandsaufnahme zu unterziehen und im Post-2015-Prozess zu verorten: Was weiß die Wissenschaft über die Auswirkungen des Klimawandels auf Landkonflikte, welche Maßnahmen helfen Betroffenen wirklich und wie erfolgreich war der ZFD bislang bei der Lösung klimabedingter Landkonflikte? Die folgenden Artikel geben nicht nur Anregungen und Antworten, sondern dienen hoffentlich auch als Ansporn, sich in den kommenden Monaten für einen ambitionierten, klimagerechten und konfliktsensiblen Ziele-Katalog einzusetzen.

Verschärft der Klimawandel Konflikte in Kenia?

von Dr. Janpeter Schilling (International Alert)

Spätestens seit den Berichten des Weltklimarats von 2007 wird der Klimawandel nicht nur als Risiko für das allgemeine Wohlergehen der Menschen, sondern auch als potenzieller Konfliktverstärker oder gar Verursacher verstanden. In den Medien und der Populärwissenschaft ist bereits von „Klimakriegen“⁹ zu lesen. Politiker wie Barack Obama warnen: „more frequent droughts and crop failures breed hunger and conflict“⁴.

In ähnlichem Ton warnen globale Think Tanks und Nichtregierungsorganisationen, dass der Klimawandel zu einem Sicherheitsrisiko in ärmeren Ländern und durch Migration auch in reichen Ländern werden könnte². Die Wissenschaft ist da weitaus vorsichtiger⁵. Zwar hält der Weltklimarat in seinem kürzlich erschienenen Bericht fest, „climate change can indirectly increase risks of violent conflict“³, jedoch wissen wir derzeit erstaunlich wenig über diese „indirekten“ Effekte. Einig ist sich die Wissenschaft lediglich darüber, dass Konflikte um erneuerbare Ressourcen wie Wasser und Land in Regionen wahrscheinlicher sind, die dem Klimawandel gegenüber verwundbarer sind⁶.

Der Nordwesten Kenias ist so eine Region. Der Klimawandel führt hier durch einen Anstieg der Temperaturen zu einem erhöhten Dürreisiko und zu veränderten Niederschlagsmustern. Normalerweise fällt der meiste Niederschlag während der „langen Regenzeit“ zwischen März und Mai und in der „kurzen Regenzeit“ zwischen Oktober und Dezember. In den letzten Jahrzehnten lässt sich jedoch beobachten, dass sich dieses Muster zunehmend auflöst und Dürren in geringeren Abständen auftreten⁷.

Für die nomadischen Hirtenvölker, die im trockenen Nordwesten Kenias leben und mit ihren Herden regelmäßig nach Uganda, Südsudan und Äthiopien ziehen, bedeutet dies, dass sie wenig Zeit haben, sich von den Dürren zu erholen und zudem immer schwerer vorhersehen können, wann es regnet und wo Wasser und Weideland zu finden sind⁷.

Der Nordwesten Kenias ist die ärmste und am wenigsten entwickelte Region des Landes. Die Zentralregierung in Nairobi hat es hier bisher nicht verstanden, eine Wirtschafts-, Bildungs- und Transportinfrastruktur aufzubauen. Zusätzlich bekämpfen sich einige Hirtenvölker, insbesondere die Turkana und die Pokot, um ihre Herden aufzustocken oder



© Dr. Jampeter Schilling

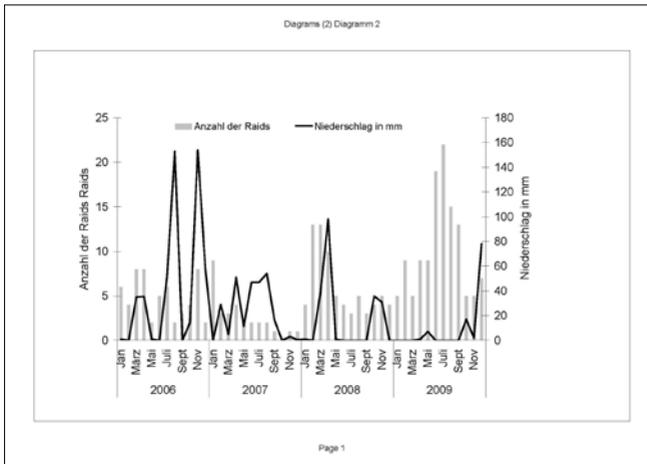
Ein nomadischer Hirte mit Kamel in Turkana, Kenia.

Wasserressourcen und Weideflächen zu sichern. Kaum ein Monat vergeht, ohne dass bei den Kämpfen Menschen getötet oder verwundet werden. Laut offiziellen Angaben kosteten die Konflikte auf dem Gebiet der Pokot und Turkana alleine 2009 mehr als 600 Menschen das Leben¹. Seit Jahrhunderten dauern die Gewaltkonflikte an, in den letzten Jahrzehnten sogar verstärkt⁸. Welche Rolle spielt dabei der Klimawandel?

Um dieser Frage nachzugehen, habe ich fünf Monate empirische Feldforschung im Konfliktgebiet zwischen den Turkana und Pokot betrieben. Zu den von mir in Einzel- und Kleingruppeninterviews befragten 166 Personen zählten Mitglieder der Konfliktparteien, Experten und Regierungsvertreter. Die Aussagen der Interviews habe ich dann mit einer Analyse von Klima- und Konfliktdaten ergänzt. Die Temperaturwerte und Niederschlagsmengen stammten von einer lokalen Wetterstation. Eine Viehhalterorganisation gewährte mir Zugang zu Ihrer Konfliktdatenbank, die Überfälle sowie die Anzahl der getöteten und verletzten Menschen sowie gestohlenen Tiere in Nordwestkenia erfasst.

Überraschende Analyseergebnisse

Die Analyseergebnisse überraschen (Abb.2). In Jahren mit normaler Regenverteilung wie 2006 und 2008 fanden die meisten Viehdiebstähle nicht, wie man annehmen würde, während der Trockenzeit statt, in der die Wasserressourcen und Weideflä-



Raids und Niederschläge in Turkana 2006 bis 2009

(Grafik basierend auf Schilling, Akuno et al.: Climate Change and Conflict)

chen am knappsten sind, sondern während und nach der kurzen und langen Regenzeit. Nur in Dürrejahren wie 2009 stieg die Anzahl der Überfälle besonders an. Wie ist das zu erklären? Die Interviews deuten darauf hin, dass die Trockenphasen die Viehbestände reduzieren und so den Druck auf die Hirten erhöhen, die Herden durch Viehdiebstähle aufzustocken. Mit den Viehdiebstählen warten die Viehdiebe, genannt Raider, jedoch, bis es wieder regnet. Dann bietet die Vegetation den Angreifern Deckung und die erbeuteten Kühe, Kamele und Ziegen sind kräftig genug, um den Transport vom gegnerischen zum eigenen Lager zu überstehen. In trockenen Perioden dagegen sind die Hirten damit ausgelastet, ihre Tiere am Leben zu halten – das bedeutet weniger Angriffe. Nur in Zeiten länger anhaltender Dürre wie 2009 kommt es zu Angriffen. Diese dienen jedoch nicht dazu, den eigenen Viehbestand zu erhöhen, sondern vielmehr dazu, sich die Kontrolle über knappe Wasserressourcen und Weideflächen zu verschaffen oder diese zu verteidigen. Zudem lässt sich eine Asymmetrie bei den Konfliktmotiven zwischen den Turkana und den Pokot feststellen. Nach den Hauptmotiven für die Überfälle gefragt, antworteten die Raider der Turkana überwiegend „Hunger“ und „Dürre“, während die Zahlung von Brautsteuer und eine allgemeine Wohlstandssteigerung die wichtigsten Raidingmotive der Pokot waren. Die unterschiedlichen Motive lassen sich mit der lokalspezifischen Ressourcenausstattung begründen. Zum Zeitpunkt der Feldforschung Ende 2012 litt Turkana

gerade unter einer Dürre, die Viehherden dezimiert hatte und die Bevölkerung von Nahrungsmittelhilfen abhängig machte (siehe Foto unten). In dem Gebiet der Pokot hatte es dagegen verhältnismäßig viel geregnet, wodurch Wasserressourcen und Weideflächen entstanden, die die Ernährung größerer Herden ermöglichten (siehe Foto Folgeseite). Daher waren die Pokot in der Lage einen Teil des erbeuteten Viehs zu verkaufen und so ihren Wohlstand zu steigern, während es bei den Turkana im Wesentlichen ums Überleben ging⁸.



© Dr. Janpeter Schilling

Mitglieder der Volksgruppe der Turkana in Kenia mit Nahrungsmittelhilfen.

Die Fallstudie aus dem Nordwesten Kenias zeigt, dass es sich nicht um „Klimakonflikte“ handelt. Die politische, ökonomische und gesellschaftliche Benachteiligung der Turkana durch die Zentralregierung in Nairobi, die eingeschränkte Bewegungsfreiheit der Hirtenvölker, Armut, ethnische Spannungen und zum Teil die Kommerzialisierung von Viehdiebstählen sind die wesentlichen Konfliktursachen. Klimaveränderungen, ebenso wie die weite Verbreitung von automatischen Waffen, verschlimmern die bestehenden Konflikte. Daher ist der Klimawandel im Nordwesten Kenias am besten als „Risikomultiplikator“ zu verstehen, der durch eine Reduzierung der (vorhersehbaren) Verfügbarkeit von Wasserressourcen und Weideflächen einen bestehenden Gewaltkonflikt zusätzlich verstärkt.



Viehherden der Turkana in Pokot, Kenia.

Lösungsansätze sollten daher nicht nur den Klimawandel, sondern vor allem die wesentlichen Konfliktursachen in den Blick nehmen. Dazu wäre es zunächst notwendig, dass die Zentralregierung die nomadische Viehhaltung nicht nur auf dem Papier als wichtige und schützenswerte Lebensweise anerkennt, sondern die Werte, Rechte und Bedürfnisse der Viehhalter auch tatsächlich vor Ort wahr und stärkt. Dass dies bisher nicht der Fall ist, zeigt sich nicht nur an dem Versagen der Regierung, die Region mit Sicherheit, Infrastruktur und Bildung zu versorgen, sondern auch daran, dass bei der kürzlich begonnenen Ölexploration in Turkana die lokalen Dorfgemeinschaften weiter benachteiligt werden und den negativen Auswirkungen der Ölförderung (Wasser-, Land- und Luftverschmutzung, Enteignung, Beschneidung von Mobilität) weitgehend schutzlos ausgeliefert sind. Durch internationale Abkommen mit den Nachbarstaaten, insbesondere Uganda, Äthiopien und Südsudan ließe sich die sichere Bewegungsfreiheit der Hirtenvölker im Nordwesten Kenias verbessern. Dies würde

nicht nur zu einer Entspannung des Konflikts führen, sondern gleichzeitig auch die Anpassungsfähigkeit der Hirtenvölker an den Klimawandel stärken. Des Weiteren sind Ansätze vielversprechend, die auf eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den Turkana und den Pokot abzielen. Hierzu zählen beispielsweise von Nichtregierungsorganisationen veranstaltete Treffen, die einen sicheren Rahmen für einen Austausch zwischen den Konfliktparteien schaffen. Sollten dagegen die Möglichkeiten zur friedlichen Konfliktlösung verpasst werden und die wirtschaftliche, soziale und politische Benachteiligung der Turkanas fortbestehen, ist es nicht nur wahrscheinlich, dass der Klimawandel die Gewaltkonflikte verschärft, sondern auch die Konflikte die Anpassungsfähigkeit der Viehhalter an den Klimawandel schwächen. ■

Quellenangaben

- ¹ CEWARN, Cewarn Country Updates: September-December 2009. (Addis Ababa: CEWARN (Conflict Early Warning and Response Mechanism), 2010).
- ² CNA, National Security and the Accelerating Risks of Climate Change. (Alexandria: VA: Center for Naval Analysis, 2014).
- ³ Intergovernmental Panel on Climate Change IPCC, Climate Change 2014: Impacts, Adaptation and Vulnerability. (Cambridge: Cambridge University Press, 2014).
- ⁴ Barack Obama, 'President Barack Obama at Un Climate Change Summit' (2014), available at <<http://energy.gov/videos/president-barack-obama-un-climate-change-summit>>, accessed 22 December 2014.
- ⁵ Jürgen Scheffran, Michael Brzoska, Jasmin Kominek, P. Michael Link, Janpeter Schilling, 'Climate Change and Violent Conflict', *Science* 336/6083 (2012) pp. 869-871.
- ⁶ Jürgen Scheffran, Michael Brzoska, Jasmin Kominek, P. Michael Link, Janpeter Schilling, 'Disentangling the Climate-Conflict Nexus: Empirical and Theoretical Assessment of Vulnerabilities and Pathways', *Review of European Studies* 4/5 (2012) pp. 1-13.
- ⁷ Janpeter Schilling, Moses Akuno, Jürgen Scheffran, Thomas Weinzierl, in *Climate Change and Conflict: Where to for Conflict Sensitive Climate Adaptation in Africa?*, S. Bronkhorst, U. Bob, Eds. (Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2014), pp. 241-268.
- ⁸ Janpeter Schilling, Francis Opiyo, Jürgen Scheffran, 'Raiding Pastoral Livelihoods: Motives and Effects of Violent Conflict in North-Western Kenya', *Pastoralism* 2/25 (2012) pp. 1-16.
- ⁹ Harald Welzer, *Klimakriege - Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird.* (Frankfurt am Main: Fischer, 2009).

Gegen Klimawandel und Armut: Erfahrungen aus Kambodscha und die Wirksamkeit von Klimaschutzprojekten

von Sina Brod (Klima-Kollekte)

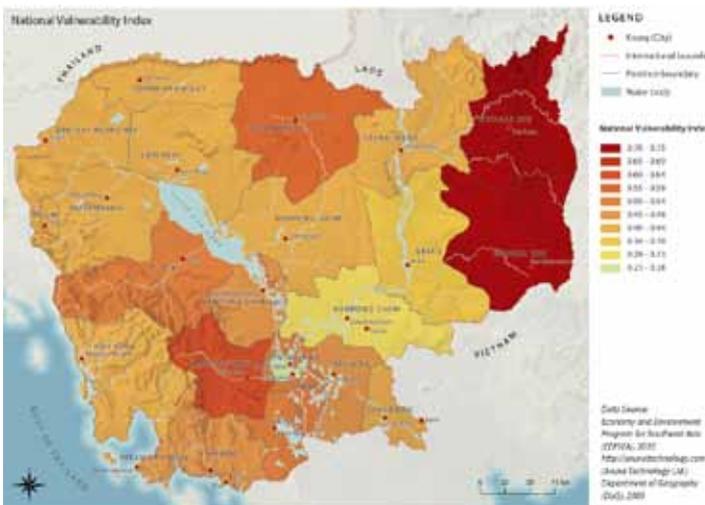
Die Folgen des Klimawandels treffen besonders arme Bevölkerungsgruppen in den Ländern des Südens, obwohl ihr Lebensstil am wenigsten zur Erderwärmung und ihren Folgen beiträgt. Laut Berichten der Weltbank aus den Jahren 2012 und 2013 beeinflusst der Klimawandel die Bestrebungen von Staaten und Zivilgesellschaft zur Armutsbekämpfung negativ, weil eine Ernährungssicherheit aufgrund von Ernteausfällen nicht gewährleistet werden kann.

Der Bericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaveränderung (Intergovernmental Panel on Climate Change, im folgenden: IPCC) von 2013/14 verdeutlicht auch die Gefahr eines Sicherheitsrisikos und kriegerischer Auseinandersetzungen aufgrund von extremen Wetterkatastrophen, beispielsweise durch enorme nationale und internationale Flüchtlingswellen wegen plötzlicher Obdachlosigkeit.¹ Betroffen ist beispielsweise Kambodscha: Trockenzeiten, in der Regel von November bis Mai, und Regenzeiten, normalerweise von Juni bis Oktober, fallen intensiver aus. Überschwemmungen durch übergetretene Flüsse oder Seen sind mancherorts essentiell wichtig für zwei bis drei Reisernten jährlich, zum Beispiel in der Region um den See Tonle Sap. Andernorts bedrohen Überschwemmungen die Reisernte und gefährden so die Ernährungssicherung.

Mangelnde Aufklärung über die Folgen des Klimawandels als auch begrenzte finanzielle wie technische Ressourcen erschweren die Adaption. Aus Studien zur Vulnerabilität im Rahmen des Buchprojektes „Atlas of Cambodia“ entstand eine Karte zum nationalen Index für Vulnerabilität durch den Klimawandel in Kambodscha². Diese zeigt, dass besonders in abgelegenen Gegenden wie zum Beispiel in den nordöstlichen Provinzen Mondul Kiri und Ratanak Kiri die Verletzbarkeit durch die Folgen des Klimawandels besonders hoch ist. Es muss davon ausgegangen werden dass der

Klimawandel hier bestehende Konflikte, wie beispielsweise jene um die Ressourcen Wald, Wasser und Land, verstärkt.

Auch eine Studie des basisorientierten zivilgesellschaftlichen Netzwerkes Cambodia Climate Change Network (CCCN)³, bestätigt, dass die Folgen des Klimawandels im Kontext vielschichtiger sozio-politischer und ökologischer Konflikte betrachtet werden sollten.



*Nationale
Vulnerabilität
Kambodschas.*

Klimagerechtigkeit ist ein Menschenrecht

Die Klimagerechtigkeit als Teil der Menschenrechte kann nur mittels Mehr-Ebenen-ansatz durch

- (1) eine Verpflichtung zur Emissionsminderung aller Staaten als auch
- (2) zivil organisiertes sowie
- (3) persönliches Engagement erreicht werden.

Der bewusste Konsum des Individuums und die politische sowie zivilgesellschaftliche Einflussnahme setzen Zeichen für Unternehmen hin zu nachhaltigem Wirtschaften. Das schließt auch Klimaschutz ein. Bedeutend für die Anpassung an die Folgen des Klimawandels in den Ländern des Südens sind zweifelsohne finanzielle Mittel. Hier

stehen die Industrienationen als Hauptverursacher der Erderwärmung in besonderer Pflicht. Suffizienz und alternative Lebensstile sind elementare Bausteine hin zu einer notwendigen Nachhaltigkeit, die unsere Ressourcen schont. Nicht-staatliche Organisationen wie die Kirchen stellen sich deshalb der Herausforderung des Klimaschutzes.

Gender und Klimawandel

Gender-Mainstreaming ist als Querschnittsthema seit Mitte der 1990er Jahre durch die Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 in die Entwicklungszusammenarbeit eingebunden und umgesetzt. Die gleiche Teilhabe an politischen Prozessen oder der



Frauen im globalen Süden sind vom Klimawandel oft doppelt betroffen.

Zugang zu und die Nutzung von Ressourcen sowie die Präsenz von Frauen in Entscheidungspositionen sind Teile des Gender-Mainstreamings. Die Folgen des Klimawandels führen hinsichtlich der Geschlechter zum Teil noch zu große Ungerechtigkeiten. So sind arme Frauen doppelt benachteiligt: Einmal im Bezug auf die globale

Klimagerechtigkeit, da arme Bevölkerungsgruppen im globalen Süden trotz ihres geringen Beitrags zu den weltweiten Treibhausgasemissionen am meisten unter den Folgen des Klimawandels leiden. Darüber hinaus trifft diese Ungerechtigkeit Frauen in Ländern, wo Geschlechtergerechtigkeit noch nicht oder nur teilweise erreicht ist, stärker. Dort, wo Geschlecht eine Ursache für Armut ist, fehlen Frauen auch die Anpassungsmöglichkeiten an ein verändertes Klima. Um mit den Konsequenzen des Klimawandels umzugehen und effektiv Armut zu bekämpfen, muss auch Geschlechtergerechtigkeit überwunden werden. Deshalb sollten das Recht auf Gleichheit und der Einsatz für Gerechtigkeit der Geschlechter auch in der Entwicklung der kommenden nachhaltigen Entwicklungsziele Berücksichtigung finden.⁴

Kirchliches Engagement im Klimaschutz

Im Jahr 2006 sprach sich die Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz in ihrem Positionspapier für die „Minderung der Treibhausgasemissionen und Stabilisierung der Konzentrationen [...] (durch) die Industrienationen und aufstrebenden Schwellenländer“ aus.⁵ Ebenso setzt sich die Evangelische Kirche Deutschland seit 2008 mit der Reduktion ihrer eigenen Treibhausgasemissionen auseinander und zielt auf eine Verringerung um 25 Prozent bis 2015 im Vergleich zum Jahr 2005 ab.⁶ Um die Schöpfung zu wahren, engagieren sich Landeskirchen und Bistümer konkret im Klimaschutz, beispielsweise durch Gebäudesanierungen oder den Wechsel zu zertifiziertem Ökostrom.⁷ Dieses Engagement der Kirchen schont Ressourcen und trägt zur Energieeffizienz bei.

Darüber hinaus nimmt der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) an den Treffen der Vertragsparteien des Kyoto-Protokolls als Teil eines internationalen Teams aus Repräsentantinnen und Repräsentanten christlicher Glaubensgemeinschaften, ökumenischer Hilfswerke und Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit teil. Dabei vertritt der ÖRK die Stimme der Ärmsten und spricht sich für Gerechtigkeit und Unterstützung jener aus, die am meisten unter den Folgen des Klimawandels leiden und gleichzeitig am wenigsten zum Klimawandel beitragen.⁸

Armutsbekämpfung ist einer der Schwerpunkte kirchlicher Arbeit. Deshalb wurde die ökumenisch ausgerichtete Klima-Kollekte gGmbH mit ihrem Kompensationsan-

gebot gegründet. Die Klima-Kollekte ist der CO₂-Kompensationsfonds der katholischen und evangelischen Kirchen in Deutschland und Europa. Die Gesellschafter der gGmbH sind Brot für die Welt, das bischöfliche Hilfswerk Misereor, die Evangelische Kirche in Deutschland, das Zentrum für Mission und Ökumene - Nordkirche Weltweit und die Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft.

Um den Klimawandel innerhalb der 2 Grad Celsius-Marke der Erwärmung zu begrenzen und einen nachhaltigen Lebensstil zu fördern, folgt die Klima-Kollekte der Trias aus

- (1) Vermeidung,
- (2) Reduktion und
- (3) Kompensation.

Wenn Emissionen nicht vermieden werden können, bietet die Klima-Kollekte die Möglichkeit der Kompensation durch Ausgleichszahlungen. Diese werden in Projekte zur Energieeffizienz und Armutsbekämpfung investiert.

Kompensation mit hohen Qualitätsstandards

Die Kompensation wird mit hochwertigen Klimaschutzprojekten erreicht. Die Projekte der Klima-Kollekte sind durch den Clean Development Mechanism (CDM) zertifiziert und tragen damit zur Umsetzung der marktorientierten Mechanismen des Kyoto-Protokolls bei.⁹ Die externe Prüfung unserer Projekte durch unabhängige Dritte garantiert Transparenz in der Erfassung der CO₂-Einsparung als auch in der Mittelverwendung. Die Berechnung der CO₂-Einsparung erfolgt ohnehin in Anlehnung an Vorgaben des IPCC.¹⁰

Ganz im Sinne der ökumenischen Gesellschafter setzt sich die Klima-Kollekte nicht nur für die Messbarkeit der Energieeffizienz, sondern auch für Armutsbekämpfung und eine sozio-ökonomische Entwicklung in den Projektregionen ein. Deshalb sind die Projekte nach dem Gold Standard® zertifiziert. Der Gold Standard® wurde von zivilen Akteuren im Jahr 2003 entwickelt und fortlaufend aktualisiert. Dieser bewegt sich auf dem Verpflichtungsmarkt mit so genannter zertifizierter Emissionsminderung (certified emissions reduction, CER) und auf dem Freiwilligenmarkt mit so genannter

genehmigter Emissionsminderung (verified emissions reduction, VER). Der Gold Standard® stellt sicher, dass nicht nur ein Beitrag zur Emissionseinsparung, sondern auch einer zu nachhaltiger Entwicklung geleistet wird.¹¹

Ein Teil der sozio-ökonomischen Entwicklung schließt beispielsweise die Einkommensgenerierung ein, denn die Projekte der Klima-Kollekte ermöglichen den beteiligten Haushalten finanzielle Mittel anders zu investieren als bisher: Energieeffiziente Öfen reduzieren die sonst übliche Menge an Brennholz



Eine Form des Klimaschutzes: energieeffiziente Öfen.

zur Befuerung, der Einsatz von Solarlampen anstatt Kerosinlampen spart Geld und hauseigene Biogasanlagen erübrigen den Zukauf von Gas. Die Klima-Kollekte baut diesbezüglich auf die langjährige Projekterfahrung der katholischen und evangelischen Gesellschafter in den Zielregionen und vergewissert sich so der zuverlässigen Durchführung der Klimaschutzprojekte.

Partnerprojekte in Ländern des Südens

Die CO₂-Ausgleichszahlungen fördern Partnerprojekte in Indien, Südafrika, Nicaragua und zukünftig auch in Bangladesch. Die Projekte betreuen Brot für die Welt und das Zentrum Mission und Ökumene – Nordkirche Weltweit gemeinsam mit lokalen Organisationen – dies garantiert volle Transparenz, Partizipation und Selbstbestimmung aller Beteiligten. Eines der fünf Projekte liegt im indischen Distrikt Visakhapatnam, im Bundesstaat Andhra Pradesh. Die Partnerorganisation LAYA Ressource Centre fertigte dort 3.750 Brennholzöfen aus Lehm an, die in ausgewählten Haushalten in 109 Dörfern zum Einsatz kommen. Durch ihre verbesserte Bauweise sparen sie rund die Hälfte Brennholz beim täglichen Kochen ein, sodass das gesammelte Brenn-

holz länger ausreicht. Darüber hinaus können die Öfen auch mit Biomasse befeuert werden. Außerdem sparen die ausgegeben Öfen während der Projektlaufzeit im Vergleich zum Vorgängermodell 17.329 Tonnen CO₂ ein.¹² Neben dem geringeren Verbrauch an Brennholz wird auch weniger Ruß freigesetzt, was zur Verbesserung der Gesundheit und speziell der Minderung von Atemwegserkrankungen der Frauen beiträgt. Ein weiterer Vorteil ist die Schaffung von Arbeitsplätzen, weil auch Frauen vor Ort im Bau und der Reparatur der Öfen unterrichtet werden und so selbst andere anleiten, ihre Öfen zu warten und zu reparieren. Die Klimaschutzprojekte fördern also nicht nur Energieeffizienz, sondern auch die persönliche Entwicklung der Menschen vor Ort. Bedeutend bleibt auch, dass Klimaschutzprojekte keine Konflikte zusätzlich schüren sollten. Deshalb setzt die Klima-Kollekte nicht auf agro-industrielle Aufforstungs- oder Staudammprojekte, sondern bemüht sich stets um Klein- und Kleinstprojekte auch im Bereich von unter 5000 Tonnen CO₂-Einsparung. ■

Quellenangaben

- ¹ **World Bank (2012):** Turn Down the Heat: Why a 4°C World Must Be Avoided, World Bank (2013): Turn Down the Heat II: Climate Extremes, Regional Impacts, and the Case for Resilience, IPCC 5AR (2013/14) WG II: Impacts, Adaptation and Vulnerability, IPCC 5AR Synthesis Report: Limits of adaptation
- ² **Save Cambodia's Wildlife (2014):** Atlas of Cambodia, Maps on socio-economic development and environment
- ³ **CCCN (2014) Many Factors in an Uncertain Future:** Situating climate change among local community priorities in Cambodia
- ⁴ **Vgl. CARE International (2014):** Tackling the Double Injustice of Climate Change and Gender Inequality, www.careclimatechange.org, eingesehen am 22. Jan. 2015
- ⁵ **Kommission Weltkirche (Hrsg.) (2006):** Der Klimawandel, www.dbk.de, eingesehen Dez. 2014
- ⁶ **EKD (Hrsg.) (2010):** Beschluss zur Klima- und Energiepolitik, www.ekd.de, eingesehen Dez. 2014
- ⁷ **FEST (Hrsg.) (2013):** Klimaschutz in kirchlichen Gebäuden – Auswertung von Klimaschutz-Teilkonzepten katholischer und evangelischer Kirchengemeinden in Deutschland
- ⁸ **Vgl. FEST (Hrsg.) (2010):** Klimaschutz in Kirchen – vom christlichen Auftrag zur Praxis
- ⁹ Vgl. <https://www.cdm.unfccc.int> eingesehen Jan. 2015

- ¹⁰ Bezüglich unseres CO₂-Rechners auf der Homepage sind die zugrunde gelegten Emissionsfaktoren und Rechenwege in regelmäßigen Abständen von KlimAktiv in Zusammenarbeit mit dem Umweltbundesamt und dem ifeu-Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg aktualisiert. Siehe auch <https://klima-kollekte.de/info/informationen-zum-co2-rechner>
- ¹¹ **The Gold Standard Foundation (2013):** Gold Standard Principles. PDF-Dokument eingesehen Jan. 2015 <http://www.goldstandard.org>
- ¹² **Projektdokumente zum Download unter <http://www.klima-kollekte.de>**

Literaturangaben:

CARE International (2014): Tackling the Double Injustice of Climate Change and Gender Inequality

Climate Change Network (2014): Many Factors in an Uncertain Future: Situating climate change among local community priorities in Cambodia

EKD (Hrsg.) (2010): Beschluss zur Klima- und Energiepolitik.

FEST (Hrsg.) (2010): Klimaschutz in Kirchen – vom christlichen Auftrag zur Praxis.

Kommission Weltkirche (Hrsg.) (2006): Der Klimawandel.

FEST (Hrsg.) (2013): Klimaschutz in kirchlichen Gebäuden – Auswertung von Klimaschutz-Teilkonzepten katholischer und evangelischer Kirchengemeinden in Deutschland.

IPCC 5AR (2013/14) WG II: Impacts, Adaptation and Vulnerability, IPCC 5AR Synthesis Report: Limits of adaptation.

Save Cambodia's Wildlife (2014): Atlas of Cambodia, Maps on socio-economic development and environment.

The Gold Standard Foundation (2013): Gold Standard Principles.

World Bank (2012): Turn Down the Heat: Why a 4°C World Must Be Avoided, World Bank (2013)

Turn Down the Heat II: Climate Extremes, Regional Impacts, and the Case for Resilience.

Clean Development Mechanism (CDM): <https://www.cdm.unfccc.int>

Klima-Kollekte: <http://www.klima-kollekte.de>

Landkonflikte in Liberia am Beispiel der Sime Darby-Palmölplantage

Maria Bongard

Liberia liegt am atlantischen Ozean in Westafrika, umgeben von Sierra Leone im Westen, Guinea im Norden und der Elfenbeinküste im Osten. Rund 40 Prozent des verbleibenden Westafrikanische Regenwaldes, des „Upper Guenean Forests“ liegen auf liberianischem Staatsgebiet und beinhalten eine reichhaltige Biodiversität.

Das Land ist reich an natürlichen Ressourcen – neben dem Regenwald, der noch weite Teile Primärwald enthält, findet man Eisenerzreserven, Gold und Diamanten im Boden. Vor der Küste wird bereits seit Jahren nach Ölfeldern gesucht und die Ergebnisse werden mit Spannung erwartet. Ob diese Ressourcen Segen oder Fluch für die Bevölkerung des Landes darstellen, liegt vor allem an der Art der Ausbeutung, den Verhandlungen der Regierung mit ausländischen Investoren und der Fähigkeit der Zivilbevölkerung, die Rechte aller Liberianer durchzusetzen.

Der noch vorhandene und größtenteils zusammenhängende Regenwald erstreckt sich im Nordwesten und Südosten des Landes, nur getrennt von einem Korridor, der von Monrovia Richtung Guinea verläuft.

Die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen Liberias spielte eine entscheidende Rolle während des 14-jährigen Bürgerkrieges. Vor allem der Handel mit Diamanten und Regenwaldholz verhalf den bewaffneten Gruppen zur Finanzierung des Konflikts und führte zu einem UN-Embargo auf Holz, Diamanten und Waffen aus Liberia im Jahr 2003. Schlechte Regierungsführung in Bezug auf Land und Ressourcen, einhergehend mit Korruption und der Benachteiligung bestimmter ethnischer Gruppen sind einige der Hauptursachen des Konfliktes, der über 250.000 Tote forderte und 1,3 Millionen Menschen aus ihrer Heimat vertrieb.

Seit Kriegsende 2003 fanden zwei Wahlen (2005 und 2011) statt, in denen Ellen Johnson Sirleaf als Präsidentin hervorging. Sie praktiziert die „Politik der offenen Tür“ und nutzt ihre zahlreichen internationalen Beziehungen, um ausländische Investoren nach Liberia zu holen. Damit soll die liberianische Wirtschaft angekurbelt werden und vor allem Arbeitsplätze entstehen.

Die Entwicklungen der letzten Jahre zeigen, dass großflächige Konzessionen für Forstwirtschaft, Agrarinvestitionen und für den Eisenerzabbau vergeben werden. Diese Konzessionen überlappen sich teilweise sogar und liegen vor allem auf den verbleibenden Waldflächen.



© Maria Bongard

In Arbeitsgruppen sprechen die Menschen zunächst über die Folgen der Palmölindustrie für ihren Alltag.

Palmölindustrie als Ausweg aus der Armut oder neuer Konfliktherd?

Dieser Artikel stellt beispielhaft die Landsituation der indigenen Bevölkerung dar, die innerhalb der Palmölkonzession des malaysischen Konzerns Sime Darby leben. Sime Darby ist eine der größten Plantagen besitzenden Konzerne weltweit. Die Hauptabnehmer für Palmöl befinden sich vor allem in Europa und Asien.

Mit 30 Prozent Marktanteil ist Palmöl vor Sojaöl das meist angebaute Pflanzenöl der Welt. Die Weltproduktion von Palmöl stieg in den letzten Jahren zum Teil über 15 Prozent im Jahr. 2009 wurden weltweit 46 Millionen Tonnen Palmöl produziert. Zum Vergleich: 2001 waren es noch 25,6 Millionen Tonnen.

Laut der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe wurde 2011 das weltweit produzierte Palm- und Palmkernöl etwa zu 68 Prozent für Nahrungsmittel (z. B. Margarine, Salat- und Kochöl), zu 27 Prozent für industrielle Zwecke (z. B. Reinigungsmittel, Kosmetik, Kerzen) und zu fünf Prozent für die Energiegewinnung verwendet.

Die Ölpalme hat einen sehr hohen Ertrag an Öl – und damit Energie – pro Fläche. Ein Hektar Palmölplantage erbringt einen Ertrag von vier bis sechs Tonnen Palmöl pro Jahr, je nach Palmsorte, Wetter und Pflege. Raps liefert lediglich einen Ertrag von 1,5 bis 2,5 Tonnen Rapsöl pro Hektar Anbaufläche pro Jahr. Wenn Palmöl in großem Maßstab angebaut wird und in Flächenkonkurrenz mit dem tropischen Regenwald tritt, was bei einem Großteil der momentanen Anbaufläche zutrifft, dann sind die Auswirkungen auf die Umwelt negativ.

Die Palmölplantage von Sime Darby

Der Konzessionsvertrag wurde 2009 von der liberianischen Regierung und Sime Darby für die Laufzeit von 63 Jahren vereinbart und beläuft sich auf eine Fläche von 2.200 Quadratkilometer – das entspricht fast der Landesfläche Luxemburgs. Im Jahr 2010 begann der Konzern mit der operationellen Arbeit, sprich der Rodung von Waldflächen und dem Anpflanzen von Ölpalmen. Dies geschah ungeachtet der Besitzverhältnisse dieser Landstriche.

Denn das betroffene Gebiet besteht hauptsächlich aus traditionellem Gemeindeland, welches seit Jahrzehnten von der ansässigen Bevölkerung ohne offizielle Landzertifikate kultiviert wird. Es gibt in Liberia einen legalen Pluralismus, der je nach Auslegung ein Stück Land als solches ansieht, das der Regierung zufällt, oder als Land, das der Gruppe zusteht, die es traditionell bewirtschaftet. Diese Situation ist eine der Konfliktsachen und erschwert die juristische Handhabe.

Die Rodungsarbeiten von Sime Darby nahmen den Kleinbauern das Land zur Nahrungssicherstellung, zerstörten zum Teil Brunnen und erschwerten damit den Zugang zu Trinkwasser. Die wirtschaftliche Situation der lokalen Bevölkerung wurde deutlich erschwert. Betroffen sind vor allem die Frauen, da sie Nahrung, Feuerholz und traditionelle medizinische Heilmittel aus dem Wald beziehen.



© Maria Bongard

Vertrauensbildende Maßnahmen sind eine wichtige Voraussetzung, um Menschen zum Engagement zu bewegen.

Die Save My Future Foundation (SAMFU) ist eine liberianische Organisation und setzt sich seit ihrer Gründung 1987 für benachteiligte Bevölkerungsgruppen ein. Ein von Misereor finanziertes Projekt zielte 2012 darauf ab, die von der Sime Darby-Palmölkonzession betroffene Bevölkerung bezüglich ihrer Handlungsmöglichkeiten zu informieren, sie in der Entscheidungsfindung zu beraten und einen Dialog zwischen allen Akteuren, also der Landbevölkerung, der liberianischen Regierung und Vertretern von Sime Darby, herzustellen.

Zu Beginn des Projektes mussten wir das Vertrauen der lokalen Bevölkerung gewinnen. Die Informationsmöglichkeiten sind gerade in abgeschiedenen Gebieten ge-

ring und die Analphabetenrate hoch. Die Menschen hatten Gerüchte gehört, die sie zweifeln ließen, aus welchen Interessen sich plötzlich so viele Gruppierungen für ihr Buschland interessierten. Ihre größte Hoffnung in Bezug auf die zukünftige Plantage lag eindeutig auf Arbeitsplätzen. Sollte ihr gesamtes Dorf wie geplant von der Plantage eingerahmt werden, so die vielfach geäußerte Überlegung, würden sicher alle bezahlte Arbeit erhalten und damit ihren Kindern eine Schulbildung und ein Leben außerhalb der Plantage ermöglichen können. Vielen war unverständlich, warum Umweltschutzorganisationen und Menschenrechtsschützer sie davon abhalten wollten, ihr Land an Sime Darby abzutreten.

SAMFU unternahm viele Besuche vor Ort und erläuterte ihre Arbeitsweise. Demnach spricht SAMFU nicht für die Bevölkerung und macht auch keine Vorgaben, sondern informiert und berät diese lediglich.

Projektaktivitäten

Das Projektteam informierte die lokale Bevölkerung zunächst eingehend über den Prozess des „Free, prior and informed consent“ (FPIC, zu deutsch „Recht auf freie, frühzeitige und informierte Zustimmung“), der vom Round Table on Sustainable Palmoil (RSPO) als Mindestkriterium vorgegeben wird. FPIC bedeutet, dass die in dem Konzessionsgebiet lebenden Menschen frei entscheiden können, ob sie ihr Land an die Plantagenbesitzer verpachten. Das gilt auch, nachdem die Regierung den Vertrag bereits unterzeichnet und die vorgesehene Fläche ausgewählt hat.

Die Entscheidung der lokalen Bevölkerung muss unbedingt vor Beginn jeglicher Aktivitäten stattfinden, damit im Falle einer Zusage noch Verhandlungen über Kompensationen stattfinden können. Sime Darby ist freiwilliges Mitglied des RSPO und verpflichtet sich, die Mindeststandards und damit auch die FPIC einzuhalten. Im Gegenzug darf der Konzern sein Palmöl als nachhaltig zertifizieren.

Wie sich auch in Liberia gezeigt hat, ist dieses Label höchst fragwürdig. Die Umwelt- und Naturschutzorganisation Robin Wood urteilt: „De facto verleiht der RSPO dem schmutzigen Palmöl einen grünen Anstrich!“¹ Diese Haltung teilen 255 weitere Umweltorganisationen weltweit. Der Round Table selbst gibt zu: „Der RSPO ist bei der



© Maria Bengard

In Seminaren lernen die Betroffenen, wie sie ihre Interessen einbringen können.

Umsetzung der Prinzipien und Kriterien abhängig vom guten Willen der Unternehmen und der lokalen Regierungsbehörden.⁴² Dennoch kann die Nicht-Einhaltung der Standards angeprangert und so Druck auf die Entscheidungsträger ausgeübt werden.

Daneben hat SAMFU den gesamten Konzessionsvertrag sprachlich vereinfacht und die juristischen Handlungsmöglichkeiten der betroffenen Gemeinden aufgezeigt. In mehreren Trainings wurden ausgewählte Dorfmitglieder (aus dem Ältestenrat, der Frauen- und der Jugendvertretung) in Advocacy- und Kampagnenarbeit geschult sowie ein gemeinsames Positionspapier vorbereitet.

Das Positionspapier enthielt verschiedene Forderungen an Sime Darby, wie sich die Dorfbewohner die weitere Zusammenarbeit vorstellten. Einige Dörfer hatten sich



*Training in Advocacyarbeit.
Ein wichtiger Beitrag, den externe Friedensfachkräfte einbringen können.*

dazu entschieden, ihr Land an Sime Darby zu verpachten, wenn aus jedem Haushalt mindestens eine Person angestellt würde und wenn die bestehenden Anbauflächen (zum Teil mit Obstbäumen, Maisanbau und Gemüseanpflanzungen) ausreichend kompensiert würden. Andere Dörfer waren noch unentschieden und eine Gemeinschaft brachte den Mut auf, ihr Land nicht abzugeben. Sie werden in Zukunft wie auf einer Insel in einem Meer aus Ölpalmen weiterhin Subsistenzwirtschaft betreiben und von ihrem Waldgebiet leben. Aus Sicht von SAMFU ist das eine nachhaltige und langfristig gute Entscheidung, da einmal vergebenes Land für eine Gemeinde wohl auf immer verloren ist. Auch eine Garantie auf einen Arbeitsplatz gibt es wohl nur für drei bis fünf Jahre. Dazu kommt, dass eine Palmölplantage nicht viele Arbeitsplätze bietet und Sime Darby bereits dreimal so viele Arbeiter wie notwendig angestellt hatte, um das entsprechende Land zu erhalten.

Der Beitrag des Zivilen Friedensdienstes

Der Zivile Friedensdienst entsendet Fachkräfte in Nachkriegsländer, um dort in sehr unterschiedlichen Themenfeldern im Bereich der zivilen Konflikttransformation zu arbeiten. In Liberia waren während meines Einsatzes (2010-2013) noch sechs weitere ZFD-Fachkräfte tätig. Die Beschäftigungsgebiete umfassten psychologische Trauma-Arbeit, universitäre Lehre und Recherchen zu Friedensbildung sowie Erwachsenenbildung und Advocacy-Arbeit zu den Themenfeldern Menschenrechte und Landkonflikte.

Im Vordergrund meiner Tätigkeit standen die Ausbildung von Multiplikatoren, die Netzwerkarbeit und das Fundraising. Die Motivation für lokale Kollegen wird häufig erheblich gesteigert, wenn sie für drei Jahre eine Fachkraft zur Seite gestellt bekommen, die durch den Blick von außen eine neue Sichtweise ermöglichen.

Für die Menschen Liberias ist die Entscheidung um die Landnutzung auch für zukünftige Generationen existenziell und muss dennoch meistens überhastet und uninformativ gefällt werden.

Letztendlich haben wir Endkonsumenten in Europa eine Mitverantwortung. Die Standards des RSPO müssen viel weitreichender werden, um wirklich nachhaltig produziertes Palmöl zu gewährleisten. Das wäre durch Vermeidung von Regenwaldrodungen ein Dienst an der Umwelt und durch faire Arbeitsbedingungen und Landbesitzverhältnisse ein Dienst an den vor Ort lebenden Menschen. Es ist ebenso ein Schritt zur Festigung des fragilen Friedens in Ländern wie Liberia, was zur Sicherheit in ganz Westafrika beiträgt. ■

Quellenangaben

¹ Robin Wood-Flyer „Schmutziges Palmöl“, Bremen 2012.

² <http://www.wheaty.com/de/aktuell/statements/ist-bio-palmoel-besser/>

Mobile Viehzucht und Landkonflikte in Niger, Burkina Faso und Benin

Aktionsfelder aus dem ZFD-Programm „Konflikttransformation und Krisenprävention im Bereich des kommunalen Ressourcenmanagements unter Berücksichtigung der grenzüberschreitenden Transhumanz“

von Johanna Dienst

In Ländern des Sahel ist die Bewirtschaftung des Bodens und der Zugang und Gebrauch natürlicher Ressourcen für die Bevölkerung entscheidend und überlebenswichtig. Ackerbau und saisonale Wanderbewegungen von mobilen Viehzüchtern stellen die vorrangigen Wirtschaftsformen in der Region dar.

Während die Viehzüchter ihre Herden auf strategischen Routen bis zu mehreren 1.000 Kilometern zu den jeweils besten Weideplätzen treiben, ist der Ackerbau sesshaft und kann meist nur in der Sudanzone durchgeführt werden. Seit jeher gab es Konflikte zwischen den Nutzergruppen der natürlichen Ressourcen: Doch mobile Viehhirten und sesshafte Ackerbauern konkurrierten zwar um Ressourcen, schufen aber Strukturen, um die beiden Produktionssysteme in ein relatives Gleichgewicht zu bringen. Doch neuere Entwicklungen wie Klimawandel, Bevölkerungswachstum, veränderte Produktionsweisen oder die Privatisierung von natürlichen Ressourcen rufen so genannte „Umweltkonflikte“ hervor: Zwischen unterschiedlichen Nutzergruppen, hauptsächlich mobilen Viehzüchtern und sesshaften Ackerbauern, kommt es in der Sahelregion Westafrikas immer wieder zu gewalttätigen Auseinandersetzungen in Bezug auf die Nutzung der natürlichen Ressourcen.

Der Zivile Friedensdienst (ZFD) der GIZ befasst sich seit 2002 in zwei Regionen in Niger mit dieser Thematik. Dort wurden unter anderen so genannte Dialogplattformen installiert, in denen die Nutzergruppen auf lokaler Ebene die Boden- und Ressourcenproblematik diskutieren und gemeinsam Lösungen finden. Dieses Programm wurde, um der Thematik gerecht zu werden, ab 2010 auf die Nachbarländer Burkina Faso und Benin ausgeweitet.

Landwirtschaftliche Produktionsweisen in Niger und der Sahelzone

Die Republik Niger ist ein Binnenstaat und liegt in der westafrikanischen Sahelzone. Das Land liegt am Rande der Wüste Sahara und stellt dadurch nur bedingte landwirtschaftliche Aktivitäten für seine aktuell über 17,4 Millionen Einwohner zur Verfügung (CIA 2015). Das Land hat eine der höchsten Bevölkerungswachstumsraten weltweit: Eine nigrische Frau bringt durchschnittlich 7,6 Kinder zur Welt und Niger hat eine jährliche Bevölkerungswachstumsrate von 3,3 Prozent. In der Folge wird sich die Bevölkerungszahl alle 22 Jahre verdoppeln.

Vor dem Hintergrund, dass 85 Prozent der Nigrer und Nigrerinnen ihren Lebensunterhalt von der Bewirtschaftung des Bodens und Vieh bestreiten und damit existenziell von den erwirtschafteten Ressourcen abhängen, erhöht sich der Druck auf die vorhandenen natürlichen Ressourcen enorm. Damit einher gehen ökologische Probleme wie Erosion der Böden, Schwinden der Wälder, Absinken des Grundwasserspiegels, Versandung und Austrocknung des Tschadsees, der sich an der südöstlichen Landesgrenze befindet. Außerhalb der Landwirtschaft bestehen kaum wirtschaftliche Alternativen. Über drei Viertel der Bevölkerung gehören den klassischen Ackerbauernvölkern wie Haussa, Djerma, Songhai, Kanuri oder Gourmantché an. Die restlichen 25 Prozent stellen Viehzüchternvölker wie Fulbe, Tuareg, Toubou oder Araber dar. Am Rande der Wüste Sahara, im Sahel, sind die Produktionsweisen in der Landwirtschaft nur sehr beschränkt durchführbar. Ackerbau ist nur im südlichen Landesteil möglich. In der „Agropastoralzone“ fallen mindestens 200 Millimeter Regen pro Jahr. Die Viehzucht dagegen kann darüber hinaus auch weiter nördlich extensiv und mobil betrieben werden, in der so genannten „Pastoralzone“. Viehzüchter treiben ihre Herden im Jahresverlauf zu unterschiedlichen Weidezonen. Diese Wanderbewegungen auf relativ festgelegten Routen nennt man Transhumanz.

Transhumanten betreiben ihre Routen saisonal und individuell abgestimmt auf die Bedürfnisse der Herden und entsprechend den Kontakten der Hirten. Generell verläuft eine Transhumanz wie folgt: In der Regenzeit ab Juni halten sich die Hirten mit ihren Herden, bestehend aus Schafen, Ziegen, Rindern oder Kamelen, in der Pastoralzone im Norden auf. Dort sind nun ausreichend Weide und Wasserplätze vorhanden. Nach der Regenzeit ab Dezember sind die Weideplätze abgegrast und die Tümpel

aufgebraucht und die Hirten wandern nach Süden in die Landwirtschaftszone. Dort können die Tiere auf den abgeernteten Feldern grasen oder weiter südlich in den Wäldern Laub fressen. Somit düngen die durchziehenden Herden auf natürliche Weise den Grund und die Äcker, der sogenannte „Düngevertrag“. Die ansässigen Bauern erhalten frische Milch und Fleisch. Die Kommunen erzielen Steuereinnahmen durch den Viehverkauf und durch Reinvestition der Einnahmen werden lokale Märkte gestärkt. Ab Mai, wenn es langsam wieder zu Regnen beginnt, ziehen die Herden wieder nach Norden in die Pastoralzone.

Die Transhumanz gehört zu den wirtschaftlich ertragreichsten Aktivitäten in der Region, stellt eine saisonale Notwendigkeit für die regionalen klimatischen Umstände dar und ist ein Qualitätsmerkmal, da die Tiere immer zu den hochwertigsten der zur Verfügung stehenden Weiden getrieben werden. Die Nutzung der natürlichen Ressourcen erfolgt auf diese Weise sehr effizient, da die Tiere nur einen geringen Teil der pflanzlichen Biomasse abgrasen und so eine Regeneration des Bodens und der Vegetation ermöglichen. Die Mobilität ermöglicht den Viehhaltern zudem flexibel auf sich verändernde Umwelteinflüsse zu reagieren.

Grenzüberschreitende Transhumanz

In den Ländern Westafrikas erfolgt die Transhumanz in der Regel aus den Sahelländern in die Agropastoralzone sowie in die Küstenländer von Nord nach Süd und wieder zurück. Durch die Beibehaltung der kolonialen Grenzziehungen wird die Transhumanz grenzüberschreitend. Hinsichtlich dieser Wanderbewegungen können Ausgangs-, Transit- und Aufnahmeländer unterschieden werden. Manchmal erstrecken sich internationale Transhumanzwege über bis zu vier Länder, wobei jede Grenzüberschreitung besondere Schwierigkeiten an die Viehzüchter stellt. Seit den Dürren in den 1970er und 1980er Jahren ist eine vermehrte Transhumanz in die ausgedehnten Waldzonen der Küstenländer wie Benin, Nigeria, Ghana oder Togo beobachtbar. Diese Länder sehen in den Transhumanten eine Bedrohung und es gibt Gesetze und Vorschriften, die ihre Bewegung regeln sollen. So hat Benin seit 1995 die internationale Transhumanz per Gesetz verboten. Ebenso bewachen nun Förster den Nationalparkkomplex WAP (Parc W, Arli und Pendjari), der sich im Grenzgebiet der drei Länder befindet, vor dem illegalen Eindringen von Herden.

Produktionsweisen geraten aus dem Gleichgewicht

In Niger wird der Zugang zu Land und natürlichen Ressourcen aufgrund fortschreitender Degradation, des explodierenden Bevölkerungswachstums sowie sich verändernder und wenig angepasster Produktionssysteme für die verschiedenen Nutzer immer schwieriger. Aber auch der anthropogen verursachte Klimawandel verschärft die Situation: In den letzten 20 Jahren ist eine deutliche Zunahme von Dürren erkennbar, die sich durch komplette Regenausfälle für ein oder mehrere Jahre zeigen. Diese traten bereits in den 1970er und 80er Jahren auf, dann 2005 und letztmalig 2011/2012. Auch Überschwemmungen treten häufiger auf und äußern sich in sintflutartigen Regenfällen, die die Zerstörung und Verlust der Ernte zur Folge haben.

Dies alles hat Einfluss auf die Zunahme von Hunger und Armut, sodass sich die Produktionsweisen der Menschen in der Sahelregion verändern. Einerseits diversifizieren alle Nutzergruppen ihre Produktionsmittel: Ackerbauern schaffen sich Tiere an, Viehzüchter werden sesshaft und bewirtschaften eine Landfläche. Andererseits ändern sich die Wanderbewegungen der Viehherden. Auf der Suche nach Weide und Wasser müssen sie weiter südlich in die Waldgebiete der Küstenländer. Daraus resultieren regelmäßig Land- bzw. Ressourcennutzungskonflikte, welche oft gewaltsam ausgetragen werden. Die Konfliktfelder sind:

I. Konflikte um Land

Das Rechtssystem besteht in vielen afrikanischen Ländern aus einem modernen, verschriftlichten Recht und traditionellen Systemen, die vor allem gemeinschaftliche Nutzungsrechte vorsehen. So entsteht ein legaler Pluralismus. Landreformen haben Privatisierungen bevorzugt, während regional unterschiedliche Gewohnheitsrechte in Gebrauch sind. Bei Erbfragen kommt religiöses Recht hinzu. Dies birgt Unsicherheiten für die Nutzer. In der Agropastoralzone wird Land meist durch die traditionellen Autoritäten verwaltet. Hier ist bereits alles Land verteilt und hat eine Konkurrenz über kultivierbare Äcker verursacht. Brachen werden nicht eingehalten. Viehzüchter haben in der Vergangenheit ebenfalls Land erworben, die nun politische Konflikte über deren Rechtmäßigkeit hervorrufen.

II. Zugang zu Wasserstellen

Vor allem in der Pastoralzone stellt sich die Frage zwischen verschiedenen Viehzüchtern, wer Wasserstellen oder Brunnen kontrolliert. Der Kontrolleur hat auch das Bestimmungsrecht über die Nutzung der umliegenden Weiden.

In der Agropastoralzone geht es um die Nutzung von Maren, natürlichen Tümpel, die als Viehtränke für durchziehende Herden dienen. Viele Entwicklungsprojekte privatisieren sie für den Bewässerungsgartenbau und die Transhumanten finden kein Wasser für ihre Tiere.

III. Öffnung der Felder, Korridore und Wasserzugänge in der Agropastoralzone

Das Öffnungsdatum der Felder wird von der lokalen Verwaltung festgelegt. Ab diesem Datum dürfen Viehzüchter die Pastoralzone im Norden verlassen und mit ihren Herden nach Süden ziehen. Die Verwaltung steht den Ackerbauern nahe und legt das Datum so spät, dass die Nomaden im Norden kein Wasser mehr finden und gezwungen sind, schon vor dem offiziellen Datum nach Süden zu ziehen. Oft finden sie nach dem offiziellen Datum kein Futter mehr, da alle Felder schon komplett leer sind – ein weiterer Grund für die Hirten, schon vor dem Datum in die Agropastoralzone zu ziehen. In anderen Fällen lassen Bauern ihre Ernte zu lange stehen, um hohe Entschädigungen verlangen zu können. Durch Vieh verursachte Ernteschäden werden mit harten Strafen belegt. Viehdurchzugspassagen werden zu Äckern umgewandelt, da das Land dort fruchtbarer ist oder es werden „Fallenfelder“ angelegt, so dass die Nomaden mit ihren Tieren Schaden anrichten und Ausgleichszahlungen an die Bauern zahlen müssen. An den Wasserstellen wird Gartenbau betrieben. Die lokale Verwaltung legt Viehheime für herumstreuende Tiere an und fordert hohe Ablösesummen. Ernterückstände werden in den Städten an städtische Viehhalter verkauft. Viehfutterhändler vertreten wiederum eigene Interessen.

IV. Beweidung von Wäldern

Nomadismus und Transhumanz werden immer noch als umweltschädigend angesehen, besonders im Kontext von Nationalparks und Wäldern. Die zuständigen Förster bestrafen die Viehzüchter oder nehmen ihnen die Herden ab, die sie dann freikaufen müssen. Hier ist oft auch Korruption im Spiel.

V. Grenzüberschreitende Transhumanz

Die neuen Wanderbewegungen gehen weiter nach Süden in die benachbarten Küstenländer. Die Menschen vor Ort betrachten die Transhumanten aus dem Sahel als eine Bedrohung. Sie sind rechtlos und werden ausgebeutet und mit ethnorrassistischen Beleidigungen bedacht.

Die Folge ist: Die einst komplementären Wirtschaftsformen Ackerbau und Viehzucht geraten zunehmend in Konkurrenz um die Nutzung von Land und Wasser. Neben dem Bevölkerungswachstum und den Folgen des Klimawandels wie wiederholten Dürreperioden oder Überschwemmungen schränkt die Übernutzung der Böden die natürlichen Ressourcen erheblich ein. Der seit den 1990er Jahren in allen drei Ländern beschlossenen Dezentralisierung folgt nun der Aufbau von Kommunalverwaltungen. Damit treten neue Akteure und Institutionen in die lokale politische Arena, die Konfliktthemen politisieren und Funktionen und Mandate missbrauchen. Die Viehzüchter sind dagegen stets mobil und nicht kontrollierbar für staatliche Strukturen. In lokalen Entscheidungsgremien werden sie nicht integriert. Traditionelle Autoritäten werden geschwächt und Schlichtungsformen brechen zusammen. Lokale Entscheidungsprozesse über das Ressourcenmanagement berücksichtigen nicht mehr die Interessen der mobilen Viehzüchter. Sie gelten als Fremde und die Regeln sind ihnen oft nicht bekannt. Eine gemeinsame Sprache und Kommunikationskanäle fehlen.

Die Gesetze sind zudem den meisten Nutzergruppen nicht bekannt. Der Rückzugsraum in Nationalparks wurde umgestaltet und für Viehzüchter gesperrt, ohne geeignete Ausweichstellen zu schaffen. In Benin wurden die Grenzen geschlossen und grenzüberschreitende Transhumanz verboten.

Der ZFD-Ansatz in Niger

Die beiden ZFD-Trägerstrukturen DED/GIZ und EIRENE sind schon lange in Niger entwicklungspolitisch aktiv und arbeiten in dem Konfliktfeld Ressourcen im ländlichen Raum. Die sind mittlerweile allgegenwärtig, bergen ein hohes Eskalationspotential und sind daher eine Bedrohung für die Stabilität des Landes. Der ZFD will einen Beitrag leisten, die Konflikte gewaltfrei und durch Dialog zu lösen sowie Präventionsarbeit leisten. Das Projekt arbeitet seit 2001 in Niger in den Regionen Diffa und seit

2005 in Zinder. Es soll mobile Viehzüchter stärken und sie dazu befähigen, sich an Entscheidungsprozessen auf regionaler und kommunaler Ebene zu beteiligen und Landnutzungspläne mitzugestalten.

Transhumanzen sind, aufgrund ihrer Mobilität, nur wenig in die lokale Entscheidungsfindung eingebunden und ein Großteil der Konflikte im Bereich Zugang zu natürlichen Ressourcen sind Folgen von Unkenntnis von Rechten und Gesetzen. Da Transhumanz grenzüberschreitend ist, wurde der ZFD-Einsatz der GIZ im Jahr 2010 auf die Nachbarländer Benin und Burkina Faso ausgeweitet. In Niger arbeitet der ZFD mit zwei Partnerorganisationen zusammen:

Der Code Rural ist eine staatliche Institution in Niger, die 1993 zum Ausgleich der beiden landwirtschaftlichen Produktionsweisen geschaffen wurde. Er ist einerseits ein ländliches Gesetzbuch, das Regelungen und Landtitel für Landwirtschaft und Transhumanz sichern will. Darüber hinaus will er Landnutzungsrechte absichern. Traditio-



Bodenkommission in Zinder

nell erworbene Rechte werden in moderne Rechtstitel umgewandelt. Andererseits sieht der Code Rural dezentrale Bodenkommissionen vor, die Landnutzungspläne partizipativ mit allen betroffenen Nutzergruppen ausarbeiten.

Der ZFD hat mit Code Rural Informationen wie beispielsweise zur Typologie von Wanderbewegungen zum besseren Verständnis von mobiler Viehzucht gesammelt und ausgearbeitet. Dieser visuelle Atlas gibt Informationen über Ressourcennutzung der unterschiedlichen Produktionssysteme im Projektgebiet Zinder und Diffa und hat damit einen Beitrag zur pastoralen Gesetzgebung geleistet. In thematischen Karten werden Wanderbewegungen aufgezeichnet.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Einführung von Diskussionsplattformen auf Gemeindeebene. Über die Struktur der lokalen Bodenkommission, in der Kanton- und Dorfcheads, Vertreter der Viehhalter- und Bauernverbände, Frauen, Jugendliche sowie staatliche Dienste für Landwirtschaft und Umwelt vertreten sind, werden Fragen zu Land- und Ressourcennutzung diskutiert (Abgrenzung der Viehdurchzugskorridore oder Öffnungsdatum der Felder). Schlüsselakteure wurden in gewaltfreier Konfliktbearbeitung ausgebildet (vgl. Abb. links).

Die Viehzüchterorganisation FNEN Daddo (Fédération nationale des Éleveurs du Niger) stellt eine Interessenvertretung der mobilen Viehzüchter landesweit dar und ist ebenfalls Partnerorganisation des ZFD. FNEN Daddo will die Interessen der mobilen Viehzüchter in die kommunalen und politischen Entscheidungsprozesse integrieren und für ihre Mitglieder einen fairen Zugang zu den Ressourcen finden.

Der ZFD hat zur Vernetzung und Integration von Nomaden beigetragen. Dadurch ist diese marginalisierte Gruppe nun an kommunalen und politischen Entscheidungsprozessen beteiligt. Durch die Vernetzung zu einer Plattform stellt FNEN Daddo nun eine ernstzunehmende Interessenvertretung und politische Größe dar. Durch Rechtsberatung und Informationsarbeit, aufbereitet in Kassettenhörspielen und Radiobeiträgen sowie einem Handbuch, haben die mobilen Viehzüchter nun ein verbessertes Wissen über ihre Rechte.

In Foren wird allgemeine Lobbyarbeit wie zur Viehzuchtgesetzgebung und zur Repräsentation der Nomaden in Regierung und Verwaltung betrieben. Pastorale Systeme erhalten so eine Lobby. Der ZFD hat Multiplikatoren in ziviler Konfliktbearbeitung ausgebildet.

Darüber hinaus leistet der ZFD Beratung für eine konflikt sensible Entwicklungszusammenarbeit bei Projekten im ländlichen Raum. Diese verfolgt oft die Verbesserung der ländlichen Produktion oder der Wasserwirtschaft, was ein hochsensibles Thema in einem konflikträchtigen Kontext darstellt. So sollte der private Gartenbau, Heu als Viehfutter, Wälder oder Fruchtplantagen verstärkt auf eine konflikt sensible Landnutzungsplanung bei den Landrechtskommissionen hin untersucht und diskutiert werden.

Das Engagement des ZFD in Niger, Burkina Faso und Benin unter dem Programmtitel „Konflikttransformation und Krisenprävention im Bereich des kommunalen Ressour-

© J.A. Coerdet



Junge Viehzüchter hören die Informationssendung im Radio.

cenmanagements unter besonderer Berücksichtigung der grenzüberschreitenden Transhumanz“ behandelt erstmals die Thematik der Konfliktbearbeitung auf regionaler Ebene und hat seit dem Jahr 2010 einen grenzüberschreitenden Ansatz.

Der Beitrag des ZFD

Der Ansatz des GIZ ZFD-Programms trägt zu einem konfliktsensiblen Land- und Ressourcenmanagement bei. Die Haltungen und Einstellungen zum Umgang mit Konflikten mit unterschiedlichen Interessengruppen werden hinterfragt. Das trägerübergreifende ZFD-Programm hat Multiplikatoren in ziviler Konfliktbearbeitung ausgebildet, Dialogstrukturen aufgebaut und Kommunikationssysteme installiert. Durch die inklusive partizipative Entscheidungs- und Lösungsfindung werden alle Interessengruppen Teil des Prozesses, in der es um die Verteilung von gemeinsam genutzten Ressourcen geht.



© J. Dienst

Mitarbeiter des Programms bei einer Schulung zu Konfliktbeilegung bei Feldschäden.

Der ZFD hat auf der Ebene der Partnerstrukturen den Einsatz von Bodenkommissionen auf verschiedenen Ebenen begleitet und vorangetrieben. In den Trainings mit Mitgliedern der Bodenkommission wurden Rollen und Aufgaben identifiziert und Analysekapazitäten gestärkt. Der inklusive Ansatz trägt dazu bei, dass Nomadenvertreter in den Bodenkommissionen in Zinder und Diffa repräsentiert sind. Bei FNEEN Daddo ist vor allem eine verbesserte Analysekapazität von Konflikten zu beobachten. Die Interessen der mobilen Viehzüchter werden in den Entscheidungsstrukturen des Rechtsstaats und der Gesellschaft wahrgenommen.

Die Region des Sahel hat komplexe Interessen- und Konfliktmuster. Die Konflikte um natürliche Ressourcen können die Stabilität der einzelnen Länder bedrohen. Die Ansätze der ZFD-Trägerstrukturen tragen dazu bei, diese mit Methoden ziviler Konfliktbearbeitung gewaltfrei auszutragen. ■

Literaturangaben:

CIA 2015: The World Factbook: Niger (link): <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/ng.html> (Abruf Januar 2015)

DED 2006: Konflikte im Zusammenhang mit grenzüberschreitender Transhumanz in Niger, Burkina Faso und Benin

Schönegg, Günter/Noufou, Salifou 2008: Der Zivile Friedensdienst als Instrument der Krisenprävention in Niger, DED/EIRENE

GIZ ZFD Niger 2009: L'Élevage mobile dans les régions de Zinder et de Diffa – Niger. Petit Atlas analytique et synthétique

GIZ ZFD Niger 2011: Streit um Strohhalme (Filmlink): <https://www.youtube.com/watch?v=rovSfDFCC44>

Über die Autor/innen:

Maria Bongard

war für die Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH) als Fachkraft im Zivilen Friedensdienst (ZFD) in Liberia tätig, wo es zu Landkonflikten zwischen der lokalen Bevölkerung, internationalen Agrar- und Rohstoffkonzernen und der Regierung kommt.

Sina Brod

arbeitet zum kirchlichen Engagement im Klimaschutz (Klima-Kollekte) und war zuvor für die Organisation Brot für die Welt in Kambodscha im Bereich Landkonflikte tätig.

Johanna Dienst

arbeitete als Fachkraft im Zivilen Friedensdienst (ZFD) für die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) zu Konflikten zwischen bäuerlichen Gemeinden und Viehzüchtern im Grenzgebiet von Niger, Burkina Faso und Benin.

Dr. Janpeter Schilling

arbeitet für International Alert und KlimaCampus Hamburg. Er ist Geograf und forscht zu Konflikten zwischen nomadischen Viehhaltern im Nordwesten Kenias.



Forum Ziviler Friedensdienst e. V.

Am Kölner Brett 8

50825 Köln

Tel.: 02 21 91 27 32 - 0

E-Mail: kontakt@forumZFD.de

Spendenkonto:

IBAN: DE 37 3702 0500 0008 2401 01

www.forumZFD.de